

Gesellschaftliche Herausforderungen der Kulturpolitik

KULTURELLE TEILHABE HEUTE UND MORGEN

Norbert Sievers

Die kulturelle Teilhabe ist wieder ein großes Thema der Kulturpolitik geworden. Alte Programmformeln der Neuen Kulturpolitik aus den 1970er Jahren – »Kultur für alle und von allen« – werden wieder entdeckt, neu aufpoliert und nunmehr parteienübergreifend als Leitmotiv ausgegeben. Programme der kulturellen Bildung werden aufgelegt, um neues Interesse für Kultur zu generieren und damit die Basis für kulturelle Teilhabe zu schaffen. Wie erklärt sich dieser Aktivismus? Welche Sorgen und welche Absichten liegen ihm zugrunde? Befinden wir uns seit Hilmar Hoffmanns Diktum »Kultur hat Konjunktur« (1979) hinsichtlich der Bedeutung des Kulturellen nicht in einer dynamisch sich bewegenden Aufwärtsspirale, die geradewegs in die Kulturgesellschaft führt, so dass sich niemand um das Publikum und die Nutzer der öffentlich finanzierten Kultureinrichtungen Sorgen machen muss? Offensichtlich gibt es derzeit gravierende Bedenken gegenüber dem Realitätsgehalt dieser These. Schon im Jahr 2005 hatte die Kulturpolitische Gesellschaft einen Perspektiv- und Strategiewechsel von der angebots- zur nachfrageorientierten Kulturpolitik gefordert, weil sie befürchtete, dass es Einbrüche bei der kulturellen Teilhabe geben könne. Ergebnisse der empirischen Kulturforschung geben ihr Recht, wie der vorliegende Beitrag zeigt.

Auch wenn die Forschungslage mit Blick auf die kulturelle Beteiligung eher bescheiden ist, so kann doch trotz der imposanten kulturstatistischen Nutzungsdaten und Erfolgsmeldungen für Ausstellungs- und Museumsbesuche (vgl. Voss 2007) festgestellt werden, dass die Vorstellung eines ständig wachsenden Kulturinteresses in der Gesamtbevölkerung in Deutschland – jedenfalls mit Blick auf die Zeitverwendung für kulturelle Aktivitäten im engeren Sinne – empirisch nicht belegt werden kann. So haben etwa die Zeitbudgeterhebungen des Statistischen Bundesamtes in den Jahren 1991/92 und 2001/02 anhand von Tagebuchaufzeichnungen von 12.600 Personen

aus 5.400 Haushalten ergeben, dass es in dieser Zeit kein signifikantes Wachstum der kulturellen Teilhabe¹ gegeben hat (vgl. Ehling 2005, S. 95). Im internationalen Vergleich ist offenbar sogar ein geringerer Zeitaufwand für kulturelle Aktivitäten im engeren Sinne zu beobachten.² Eine entsprechende Entwicklung prognostiziert Ehling (ebd., S. 95) auch für Deutschland. Dieser Befund ist umso bemerkenswerter, als sich die Voraussetzungen für kulturelle Partizipation – mehr Kaufkraft, mehr Freizeit, höhere formale Schulabschlüsse und ein überproportional gewachsenes Angebot – in den letzten Jahrzehnten erheblich verbessert haben. Die Verbesserung

der Rahmenbedingungen hat also offenbar nicht oder nicht mehr zu einer allgemein wachsenden kulturellen Beteiligung geführt – jedenfalls nicht in dem genannten Zeitraum und in der Größenordnung, die der erreichten Fülle und Vielfalt des mit öffentlichen und privaten Mitteln vorgehaltenen Kulturangebotes entsprechen würde.

Stagnation der kulturellen Teilhabe

Für die Kulturpolitik ist dieser Sachverhalt, sollte er sich empirisch erhärten lassen, mehr als irritierend, weil sie in ihrem angebotsorientierten Selbstverständnis stets von einem ständig wachsenden Kulturinteresse und einer Vergrößerung des Kreises der Kulturkenner im Brecht'schen Sinne ausgegangen ist. Sie muss jedoch zur Kenntnis nehmen, dass das kulturelle Interesse kein unbegrenzt verfügbares Gut ist, sondern eine knappe Ressource, um die sich viele Anbieter bemühen.

Die Ausweitung des öffentlichen Kulturangebotes im Zuge der Neuen Kulturpolitik der letzten drei Jahrzehnte, die Konkurrenz der privaten Akteure im Freizeit- und Kulturbereich und vor allem die Aufmerksamkeit, die die Medien an sich binden, haben eine neue Situation geschaffen:

Die Wahlmöglichkeiten der potenziellen Kulturnutzer sind enorm gestiegen. Die Folge ist, dass das Interesse an Kultur nicht nur vermehrt, sondern durch den zunehmenden Wettbewerb auch geteilt und auf die verschiedensten privaten und öffentlichen Offerten der Freizeitgestaltung neu verteilt wird. Dem quantitativen Wachstum und der Vielfalt der Kulturangebote steht dabei heute eine intensivierte und differenzierte Nachfrage gegenüber, aber nicht unbedingt eine angemessene Vermehrung der Teilnehmer und Nutzer insgesamt. Es gibt zwar mehr Besuche (vor allem der großen Kultureinrichtungen und populären Kulturevents), aber nicht unbedingt mehr Besucher,³ was die Kulturstatistik in der Regel verschweigt bzw. nicht

offenlegt. So ist eine Vielzahl von Kulturinstitutionen gut besucht, während in anderen gähnende Leere herrscht. Allein aufgrund dieser Tatsache liegt es im wohlverstandenen Eigeninteresse der Kulturpolitik, die Frage zu stellen, wie weitere Nachfrage generiert werden kann. Der dafür notwendige Perspektivenwechsel empfiehlt sich aus einem weiteren Grund: der nach wie vor vorhandenen sozialen Selektivität der kulturellen Beteiligung, der mit dem Slogan »Kultur für alle« bereits in den 1970er Jahren der Kampf angesagt worden war, ohne allerdings eine durchschlagende Wirkung zu entfalten.

»Das Kulturpublikum ist ein Abiturpublikum«

Noch immer bleibt die Hälfte der Menschen außen vor, und nur fünf bis zehn Prozent der Bevölkerung bilden den verlässlichen Kern der Vielnutzer.⁴ Dabei gibt es nach wie vor einen klaren Zusammenhang zwischen Bildung, Sozialstatus und kultureller Beteiligung. Die »kulturelle Spaltung« (Opaschowski 2005, S. 260) zwischen Nutzern und Nicht-Nutzern kultureller Einrichtungen nimmt sogar zu und nicht etwa ab. Vor allem die Bildung ist ein durchschlagender Indikator. Das Kulturpublikum ist ein Abiturpublikum.⁵ Unter den Nichtbesuchern sind Hauptschulabsolventen mit 48 Prozent viermal so häufig vertreten (vgl. ebd.). Besonders bei den jungen Menschen finden sich nur noch Gymnasiasten unter den Besuchern von Theatern, Konzerten und Museen, also den Einrichtungen der Hochkultur. Bildung ist jedoch nicht die einzige Voraussetzung für kulturelle Beteiligung an hochkulturellen Veranstaltungen und am öffentlich finanzierten Kulturangebot. Die familiäre Sozialisation und das Herkunftsmilieu spielen eine entscheidende Rolle.⁶ Wer in frühen Jahren nicht mit Kunst und Kultur in Kontakt kommt und wem dies nicht vorgelebt wird, kann das später nur schwer kompensieren. Dabei zeigen die Daten, dass diese Milieus sozialstruk-

turell vor allem im unteren Bereich der Einkommensskala angesiedelt sind. Mit anderen Worten: Der Zusammenhang von sozialer Exklusion und kultureller Ausschließung verfestigt sich, und dies – relativ gesehen – paradoxer Weise umso mehr, je mehr Angebote geschaffen werden, weil die Erfahrung zeigt, dass Vielnutzer eher bereit sind, neue Angebote wahrzunehmen als Nichtnutzer überhaupt den Zugang zur Kultur finden.

Die legitimatorischen Belastungen und die Risiken, die in diesen Feststellungen für die Kulturpolitik begründet liegen, sind größer, als die Akteure in diesem Politikfeld sich dies gemeinhin eingestehen. Denn die öffentlich geförderte Kunst und Kultur, sei es in den Theatern, Konzerthäusern, Museen oder Bibliotheken, braucht Zuschauer und Nutzer, um ihre gesellschaftliche Funktion wirksam erfüllen zu können. Aus ihrem Auftrag, kulturelle Werke und Inhalte möglichst vielen Menschen zu vermitteln, bezieht sie einen Teil ihrer Legitimation.

Hinzu kommt, dass die Einnahmen aus dem Verkauf von Eintrittskarten als Eigenanteil an der Finanzierung der Kultureinrichtungen und -programme für ihre wirtschaftliche Stabilität angesichts der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise immer wichtiger werden. Schon deshalb gewinnt das Thema »Teilhabe« an Bedeutung für die Kulturpolitik, und dies umso mehr, als die skizzierten Tendenzen nicht das Ende einer Entwicklung beschreiben, sondern voraussichtlich erst den Anfang. Naheliegender ist diese Vermutung schon deshalb, weil das Interesse an Kunst und Kultur in der Altersklasse bis 30 Jahre in den letzten zehn Jahren um rund ein Drittel geschrumpft ist. Rückläufig ist dabei vor allem das Interesse an klassischer Musik, das von 26 auf 15 Prozent innerhalb einer Dekade zurückgegangen ist (vgl. Köcher 2008). Mit anderen Worten: Es besteht die Gefahr, dass der Kulturpolitik der Publikumsnachwuchs wegbreicht, und zwar gerade im Bereich der Klassikangebote, was viele Kommunen indes nicht davon

abhält, weiterhin Konzerthäuser zu bauen, die dieses Segment bedienen. Die Tatsache, dass das kulturelle Interesse der Bevölkerung offenbar nicht mit dem Angebot gewachsen ist, und der Fakt der sozialen Selektivität vor allem der Hochkulturangebote stellen keine ganz bequeme Ausgangslage für die Kulturpolitik dar, die ihre Ausgaben für die Kultureinrichtungen und -programme angesichts leerer Kassen immer mehr zu rechtfertigen hat. Hinzu kommt, dass sich die Situation in ihrem Kerngeschäft weiter zuspitzen wird. Verantwortlich dafür ist ein Strukturwandel in der Gesellschaft, der dazu führen könnte, dass der Kulturpolitik mehr und mehr die sozialstrukturelle Basis schwindet, wenn sie nach wie vor auf das Bildungsbürgertum als zentrale Referenzgruppe setzt.

»Fracksausen in der Kulturpolitik«

Gemeint ist damit der demografische und sozio-ökonomische Strukturwandel: Wir werden weniger, älter und bunter – und viele Menschen werden vor allem ärmer. Vier Anmerkungen dazu: 1. Die »Konzerte im Silbersee« sind schon sprichwörtlich und begründen langsam auch ein Fracksausen in den Chefetagen der Kulturpolitik. Die Klasikanbieter und hier insbesondere die Konzerthäuser und Opern sind von der Überalterung oder Unterjüngung des Publikums besonders betroffen. In nicht wenigen Einrichtungen sind über 70 Prozent des Publikums über 50 Jahre alt. In den Konzerthäusern liegt der Altersdurchschnitt bei 57 Jahren. Bei den Opernbesuchern (wenigstens ein Opernbesuch pro Jahr) hat sich der Anteil der unter 40-Jährigen seit Mitte der 1960er Jahre bis zum Jahr 2005 von 58 auf 26 Prozent halbiert, so weist es das 8. Kulturbarometer des Zentrums für Kulturforschung aus (vgl. Keuchel 2005). Aber nicht nur hier schillert es silbergrau. Fast überall im Kulturbereich prägen ältere und alte Menschen heute schon das Bild des Kulturpublikums, es sei denn, das Pro-

gramm richtet sich explizit an jüngere Leute.

2. Auch die Schrumpfung der Bevölkerung ist ein Thema der Kulturpolitik geworden, und dies aus guten Gründen. Wer glaubt, der prognostizierte Bevölkerungsrückgang hätte keinen Einfluss auf die kulturelle Beteiligung und die Auslastung der Kulturinstitute, ist nicht von dieser Welt. Der Rückgang wird auch zu einer Schrumpfung des Kulturpublikums führen, wenn auch regional und sektoral in verschiedener Weise. Die Schüler/

innen der circa 2.000 Schulen, die in den ostdeutschen Bundesländern seit der Wende allein bis zum Jahr 2005 auf Grund geringerer Schülerzahlen geschlossen worden sind, fehlen anteilig natürlich auch in den Museen, den Musikschulen und später auch in den Theatern und Konzerthäusern. Und wer zur Kenntnis nimmt, dass dort ab 2015 nur noch eine »halbierte« Generation ins potenzielle Elterntalter kommt (vgl. Klingholz 2006, S. 41), muss kein Mathematiker sein, um sich vorstellen zu können, was dies für die Kulturinstitutionen mittel- und langfristig bedeutet.

3. Hinzuweisen ist auch auf die zunehmende ethnisch-kulturelle Durchmischung bzw. den steigenden Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund. Schon heute haben wir in etlichen Großstädten Anteile von 25 Prozent und mehr. In den Kindergärten und Schulen ist dieser Prozentsatz bereits flächendeckend erreicht – Tendenz steigend. Schon in einigen Jahren werden 50 Prozent der unter 25-Jährigen in den Ballungsräumen einen Migrationshinter-



Mariciana Wolf: Orte des Schwebens

grund haben. Migranten sind in öffentlich finanzierten Kultureinrichtungen in Deutschland, von Ausnahmen abgesehen, jedoch so gut wie nicht präsent. Das ist sicherlich zu einem Gutteil der sozialen Lage, dem Mangel an Sprachkenntnissen, allgemeiner Bildung und Interesse dieser Bevölkerungsgruppe geschuldet. Aber es liegt auch daran, dass die deutsche Kulturpolitik an einem überkommenen Begriff kultureller Öffentlichkeit festhält und nach wie vor fokussiert ist auf das klassische Bildungsbürgertum.

»Fokussiert auf Bildungsbürger«

4. Auch die sozioökonomische Entwicklung hat Einfluss auf die kulturelle Teilhabe, weil sich die soziale Situation der ehemals breiten Mittelschicht verschlechtert. Der letzte Armutsbericht der Bundesregierung weist aus, dass die Schere zwischen »arm« und »reich« in Deutschland sich immer weiter öffnet. Im Jahr 2005 besaßen 50 Prozent der Haushalte nur knapp 4 Prozent des

gesamten Nettovermögens, während 47 Prozent dieses gesamten Vermögens den reichsten 10 Prozent der Haushalte zuzurechnen waren (vgl. Berger 2008). Zehn Millionen Menschen sollen einen Anspruch auf Hartz IV oder Sozialgeld haben. Diese Menschen können sich Theater- oder Opernkarten schlichtweg nicht mehr leisten – wenn sie sie sich jemals leisten konnten oder wollten. Wichtiger als dies ist aber die Angst vor dem sozialen Abstieg. Die »gefühlte Armut« reicht mittlerweile viel weiter in die Mittelschicht hinein, was dazu führt, dass viele Menschen sich selbst aus dem öffentlichen Leben ausschließen, bevor sie sozialstrukturell ausgeschlossen werden. Das ist keine gute Voraussetzung für kulturelle Beteiligung.

Die beschriebenen Probleme und Anmerkungen sind nur einige Indizien dafür, dass Kulturpolitik sich neu »erfinden« muss, um für das 21. Jahrhundert gewappnet zu sein. Um ihrer selbst willen muss es der Kulturpolitik um mehr gehen als um vordergründige Bestandsicherung: um ihre Neubegründung im

Kontext einer veränderten Gesellschaft, in der Kulturpolitik mittlerweile eine andere sozialstrukturelle und sozio-ökonomische Grundlage vorfindet. Dabei kann es hilfreich sein, gelegentlich wieder alte Schriften und Programmsätze zu studieren, um sich unerledigter Aufträge zu erinnern. Das Bürgerrecht Kultur ist ein solches Desiderat. Es kommt darauf an, die damit verbundene Idee der kulturellen Chancengleichheit im Bewusstsein der kulturpolitischen Akteure und in der kulturellen Praxis wieder stark zu machen und ihr mehr Geltung zu verschaffen, anstatt sich zur Komplizin einer gesellschaftlichen Entwicklung zu machen, in der die Schere zwischen »arm« und »reich« und damit auch zwischen Kulturnutzern und Nichtnutzern immer weiter geöffnet wird. Nicht immer kann man den Eindruck haben, dass sie diesen Ratschlag beherzigen.

Anmerkungen

- 1 Zu den kulturellen Aktivitäten zählten in der zitierten Untersuchung der Besuch von Theatern und Konzerten, von Bibliotheken, Kunstausstellungen und Museen. Ferner wurden eigenkünstlerische Tätigkeiten wie Musizieren und Theaterspielen, das Verfassen eigener Texte sowie visuelle und handwerkliche Künste einbezogen (vgl. Ehling 2005, S. 93).
- 2 Zur Entwicklung der kulturellen Teilhabe in Frankreich und den USA, die für die letzten Jahre z.T. stark rückläufige Tendenzen zeigt, siehe auch Hippe/Sievers 2009.
- 3 Diese Aussage bezieht sich vor allem auf den Zeitraum der 1990er Jahre. In der Zeit davor – also seit den 1970er Jahren – kann es durchaus ein quantitatives Wachstum des Kulturpublikums gegeben haben, wie Susanne Keuchel es etwa für die Klassikkonzertbesucher im Zeitraum von 1984/85 bis 2004/05 nachweist. Für die 1990er Jahre konstatiert allerdings auch sie »Schrumpfungstendenzen« in diesem Bereich (vgl. Keuchel 2006, S. 56).
- 4 Birgit Mandel (2008) kommt bei einer Umfrage im Ruhrgebiet auf acht Prozent der Bevölkerung (Kernkulturnutzer), die regelmäßig (mindestens 12-mal pro Jahr) eine Kulturveranstaltung besuchen.
- 5 Was nicht bedeutet, dass alle Menschen, die über diesen Schulabschluss verfügen, auch Kulturnutzer wären. Die so genannte Bildungsexpansion in den 1970er Jahren

in der Bundesrepublik hatte keine entsprechende Vergrößerung des Kulturpublikums zur Folge (vgl. Ehling 2005, S. 95).

- 6 Die familiären Einflüsse werden dabei noch verstärkt durch die Schule. Kinder, die die Hauptschule besuchen, kommen deutlich weniger in Kontakt mit Kultureinrichtungen als Gymnasiasten. Die Schule verstärkt also die Vor-/Nachteile der sozialen Herkunft und kompensiert sie nicht (vgl. Keuchel 2006, S. 64)

Literatur

- Berger, J. (2008): Mogelpackung Armutsbericht. URL: www.spiegelfechter.com/wordpress/365/mogelpackung-armutsbericht (Stand: 19.05.2010)
- Ehling, M. (2005): Zeit für Freizeit und kulturelle Aktivitäten. Ergebnisse aus Zeitbudgeterhebungen. In: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hg.), a.a.O., S. 87–97
- Hippe, W./Sievers, N. (2009): Rückgang der kulturellen Teilhabe international. USA und Frankreich im Fokus. In: Kulturpolitische Mitteilungen Nr. 127, H. IV, S. 64–68
- Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hg.) (2005): Jahrbuch für Kulturpolitik 2005, Thema: Kulturpublikum, Bonn/Essen
- Keuchel, S. (2005): Akzeptanz als Chance nutzen für mehr Publikum in Musiktheatern und Konzerten! Ein erster, zusammenfassender Bericht zum 8. Kulturbarometer. URL: www.miz.org/artikel/kulturbarometer_zusammenfassung.pdf (Stand: 19.05.2010)
- Keuchel, S. (2006): Das (un)bekannte Wesen – Analysen des Kulturpublikums. In: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hg.), a.a.O., S. 54–66
- Klingholz, R. (2006): Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Arbeit der deutschen Museen. In: Museumskunde, H. 2, S. 40–45
- Köcher, R. (2008): Schleichende Veränderung. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 194 v. 20.08.2008, S. 5
- Kulturpolitische Gesellschaft (Hg.) (2006): publikum.macht.kultur. Kulturpolitik zwischen Angebots- und Nachfrageorientierung, Dokumentation des 3. Kulturpolitischen Bundeskongresses. Essen/Bonn
- Mandel, B. (Hg.) (2008): Audience Development, Kulturmanagement, Kulturelle Bildung. München
- Opaschowski, H. W. (2005): Wachstumsgrenzen des Erlebnismarktes. Folgen für die Kulturpolitik. In: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hg.), a.a.O., S. 256–269. URL: www.kupoge.de/kongress/2005/dokumentation/opaschowski.pdf (Stand: 07.06.2010)

Voss, J. (2007): Museumsbesucher: Mensch, was suchst du bei der Kunst? In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 219 v. 20.09.2007, S. 37

Abstract

Aus der Perspektive der Kulturpolitik wird in dem Beitrag zunächst nach empirischen Daten kultureller Teilhabe gefragt. Entgegen dem landläufig gefühlten Anstieg ist empirisch im Blick auf verwendete Zeitbudgets kein signifikantes Wachstum der kulturellen Teilhabe zu belegen, jedenfalls nicht derjenigen Angebote, die dem hier verwendeten engeren Kulturbegriff zugerechnet werden können. Es gibt zwar mehr Besuche (vor allem der großen Kultureinrichtungen und populären Kulturevents), aber nicht unbedingt mehr Besucher. Obwohl sich die Voraussetzungen für kulturelle Partizipation in den zurückliegenden Jahren verbessert haben, muss die Kulturpolitik zur Kenntnis nehmen, dass das kulturelle Interesse kein unbegrenzt verfügbares Gut ist, sondern eine knappe Ressource, um die sich viele Anbieter bemühen. Schon jetzt muss sie legitimierend fragen, wie weitere Nachfrage generiert werden kann. Dies muss sie umso dringender im Blick auf den demografischen und sozio-ökonomischen Strukturwandel der nächsten Jahre: Es besteht die Gefahr, dass der Publikumsnachwuchs wegbricht. Neben der Alterung sind ein steigender Migrantenanteil und zunehmende Armut weitere Zukunftsherausforderungen der kulturellen Teilhabe.



Norbert Sievers, Dipl. Soz., ist Geschäftsführer der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V. in Bonn

Kontakt: sievers@kupoge.de